Wir in der Region Bremen-Elbe-Weser

Neuigkeiten aus der Region

VON ANNETTE DÜRING

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

hier liegt er nun vor euch: der 2. Newsletter unserer Region mit vielen Infos zu Themen, an denen wir arbeiten. Wie zu erwarten, beschäftigt uns das Thema Wahlen: Im Januar die Landtagswahl in Niedersachsen und im September die Bundestagswahl.

Ende Januar findet die Klausurtagung des DGB Bundesvorstandes statt. Auf dieser Klausur soll der Termin für einen europäischen Aktionstag festgelegt werden. Da wir den genauen Termin aber noch nicht wissen, gehen wir davon aus, dass im Zusammenhang mit diesem Aktionstag Ende August/Anfang September eine größere Abschlussveranstaltung unserer DGB-Kampagne „Gute Arbeit – gutes Leben – gute Rente" stattfinden wird. Im Moment ist vieles noch in der Diskussion. Die Entscheidungen fallen erst im Januar. Wenn man größere Aktionen plant, ist die späte Entscheidung nicht angenehm, aber: Wir schaffen das!

Einen großen Schwerpunkt in diesem Newsletter nimmt das Thema: Ausbildung – Übergangssystem – Prekäre Beschäftigung, gerade bei jungen Leuten ein. Denn obwohl viele Arbeitgeber vom Demografischen Wandel, von Fachkräftebedarfe reden – so ist es immer noch Tatsache, dass jungen Leuten der Einstieg ins Berufsleben nur schlecht gelingt. Ihre Perspektive heißt: Praktikum, Mini-Jobs, Teilzeit- und befristete Beschäftigung und das Ganze zu einem geringen Lohn. Hier sind wir gefordert: bei Tarifverhandlungen, bei Berufsschulaktionen und gerade beim Europäischen Aktionstag.

Kolleginnen und Kollegen – es wird auch 2013 nicht langweilig. Zuletzt etwas in eigener Sache: So richtig in Schwung sind wir mit dem Newsletter noch nicht gekommen. Wir wollen euch informieren über Themen und Veranstaltungen in unserer Region.

Schön wäre es, wenn sich alle Kreisverbände mit Beiträgen beteiligen würden. Specht doch mal auf einer der nächsten Sitzungen, wie und was ihr beitragen möchtet. Es wäre toll, wenn wir mit diesem Infobrief eine weitere Kommunikationsebene hätten, neben den OV-KV-Treffen. Gerne nehmen wir Anregungen, Tipps und Hinweise auf.

Euer Team in der Region

Annette Düring
Reinhard Dietrich
Henner Günther
Lutz Bock
Ima Drolshagen
Kim Annakathrin Ronacher
Elisabeth Stelling
Jutta Tietjen
Silke Tietje
Katharina Kranz (Azubi)

DGB Kampagne „Gute Arbeit – Gutes Leben – Gute Rente!“

VON ANNETTE DÜRING

Spätestens seit der Milo-Tour haben wir erleben können, dass Kooperationen über viele Landkreise und Regionen sehr viel Spaß machen.

Die Nordschiene kann's!!! Gemeinsam von Lingen bis Stade haben wir viel auf die Beine gestellt. Und so soll es weitergehen: 2013 haben wir Ende September die Bundestagswahl – ein guter Termin für gemeinsame Aktionen. Meint ihr nicht auch?

Gesagt, getan haben sich vor gut einem Jahr Kolleginnen und Kollegen vor allem aus Ostfriesland, Wesermarsch, Lingen und Wilhelmshaven an die Arbeit gesetzt. In verschiedenen Arbeitsgruppen wird die Kampagne: „Gute Arbeit –gutes Leben – gute Rente“ vorbereitet; zu Land – zu Wasser – zu Luft werden Aktionen überlegt.

Geplant ist im August 2 Wochen vor Ort in den KV'en unsere Themen mit verschiedenen Aktionsformen zu platzieren. Denn eines ist klar: Themen haben wir genug: Gute Arbeit – Die, die Arbeit haben klagen über Arbeitsdruck und –hetze und diejenigen, die draußen sind, erwerbslos oder gar in Hartz IV sind, bekommen Jobs auf Leiharbeitsebene und/oder schlecht bezahlte. Wir fordern mehr Chancengleichheit und Gesundheit!

Guter Lohn – Befristungen, Mini-Jobs nehmen stetig zu – der so genannte Niedriglohnsektor ist besonders für Frauen der Beschäftigungssektor, schlecht bezahlt heute und der Ruin im Alter. Wir fordern mehr Teilhabe und Mindestlohn.

Gute Rente – Für viele reicht die Rente heute schon nicht mehr. Die Bundesregierung senkt weiter den Beitragssatz und damit kommt weniger Geld in die Rentenkasse. Wir fordern eine Rente, die den Lebensstandard sichert.

Gemeinsam wollen wir auf den Aktionen Unterschriften auf einer Charta für „Gute Arbeit – gutes Leben – gute Rente“ sammeln.

Auf einer Abschlussveranstaltung Ende August (der Ort wird in Gewerkschaftskreisen noch diskutiert) präsentieren wir diese Forderungen.

Auf der Herbsttagung der DGB-Regionsvositzenden wurden die Themen und Aktionen zur Bundestagswahl diskutiert. Der Bundesvorstand unterstützt eine Kampagne von unten. Materialien werden dazu erarbeitet und evtl. auch finanzielle Mittel bereit gestellt. .
Ich möchte euch dazu aufrufen: Beteiligt euch an den Aktionen, seid kreativ, mit Litfaßsäule, ausgehöhlten Kürbissen, Heuballen-Puppen oder Apfelaktionen. Es gibt Alternativen. Wir brauchen einen Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

❖

VON REINHARD DIETRICH

Solidarische Ökonomie – eine Alternative zum herrschenden Wirtschaften

Durch das von der UNO ausgerufene „Internationale Jahr der Genossenschaften 2012" sind Modelle „Solidarischer Ökonomie" verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt worden. So werden nach Angaben des Deutscher Genossenschafts- und Raiff eisenverbandes weltweit 100 Millionen Arbeitsplätze von Genossenschaften bereitgestellt. Das sind 20 Prozent mehr als in multinationalen Großunternehmen beschäftigt sind. In Frankreich beschäftigen 21.000 Genossenschaften rund 700.000 Menschen. In Schweden hatten 2004 die Konsumgenossenschaften einen Marktanteil von 17,5 Prozent, um nur einige Beispiele zu nennen (mehr dazu auf www.genossenschaften.de). Als gelungenes Beispiel einer Produktivgenossenschaft ist die Kooperative Mondragon im Baskenland zu nennen. Weltweit sind in der Kooperative über 83 Tausend ArbeitnehmerInnen beschäftigt, davon sind 82 Prozent Genossenschaftsmitglieder, die somit über ihren Betrieb mitentscheiden. 2011 hat die Kooperative einen Umsatz von fast 14 Mrd. Euro gemacht (siehe www.mondragon-corporation.com).

Auch in Bremen hat es viele Veranstaltungen und Aktivitäten zum Jahr der Genossenschaften gegeben. Aber es muss auch festgestellt werden, dass in der Bundesrepublik, aber auch in Bremen zumindest in der offiziellen Politik, aber auch in der gewerkschaftspolitischen Diskussion, das Thema „Solidarische Ökonomie" eher ein Randthema ist. Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat uns aber vor Augen geführt, dass z.B. genossenschaftlich organisierte Banken und Sparkassen im Vergleich zu den privaten Banken, gut durch die Krise gekommen sind und keine staatliche Unterstützung bekommen haben.

Deshalb sollten wir uns als Gewerkschaften an dieser Diskussion um eine „Solidarische Ökonomie" beteiligen und sie auch innergewerkschaftlich führen. Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, aber auch die neoliberale Politik der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass es dringend geboten ist über Alternativen zu diskutieren.

Um die Position des DGB zu verdeutlichen, möchte ich den DGB Vorsitzenden Michael Sommer zitieren:

„Das gemeinsame Ziel der Demokratisierung von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft bietet Gewerkschaften und Genossenschaften auch heute wieder die Chance, als Bündnispartner für gute Arbeit, gutes Leben, Solidarität und ein Mehr an demokratischer Teilhabe, Mitbestimmung und Beteiligung der Menschen gemeinsam einzutreten." (Gegenblende Ausgabe 16, Juli/August 2012).

Daraus ergibt sich für mich die Konsequenz, dass der DGB und seine Gewerkschaften darauf hinweisen müssen, dass Modelle einer „Solidarischen Ökonomie" eine Alternative zur herrschenden Form des Wirtschaftens sein können.

Die sogenannten „Schleckerfrauen" setzen das zurzeit um. So wollen aktuell 40 Kolleginnen in Stuttgart 3 Filialen genossenschaftlich weiterführen. Die zuständige Gewerkschaft ver.di unterstützt sie dabei. Auch der „Runde Tisch Hausangestellte" in Bremen, an dem GewerkschafterInnen beteiligt sind, diskutiert die Möglichkeit der Gründung einer Genossenschaft. Aber wir sind erst am Anfang der Diskussion.

Was ist zu tun? Zwar haben die vielfältigen Aktivitäten zum Jahr der Genossenschaften, diese andere Form des Wirtschaftens mehr in die Öffentlichkeit gerückt. Aber in der klassischen Wirtschafts- und Arbeitspolitik spielt sie keine Rolle. Das muss sich ändern. Akteure der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik müssen diese Möglichkeiten auch in ihrem Angebot haben und um es mit Sven Giegold zu sagen: Statt Ich AGs, Wir eGs fördern.

❖

VON REINHARD DIETRICH

Start der Kooperationsstelle Hochschule – Gewerkschaften in Bremen

Im Dezember dieses Jahres wird die Kooperationsstelle Hochschule – Gewerkschaften an der Hochschule in Bremen starten. Der DGB hatte bei der Hans-Böckler-Stiftung die Förderung für den Aufbau der Kooperationsstelle beantragt, den diese positiv beschieden hat. Durch die Anschubfinanzierung der Hans-Böckler-Stiftung über einen Zeitraum von zwei Jahren, ist die Finanzierung einer halben Stelle für eine/n wissenschaftliche Mitarbeiter/in gesichert.

Aufgabe der Koordinierungsstelle wird es zukünftig sein, die an den Hochschulen in Bremen gewonnenen, für Gewerkschaften relevanten wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis zu vermitteln und damit für die gewerkschaftliche Arbeit und für die betrieblichen Interessenvertretungen fruchtbar zu machen. Dabei soll mit den bestehenden wissenschaftlichen Institutionen, wie dem Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) sowie der Akademie für Arbeit und Politik, aber auch mit dem Hochschulinformationsbüro (hib) des DGB kooperiert werden.

In Ergänzung zu den bereits in Bremen existierenden Strukturen soll so der Informationsaustausch zwischen Praxis und Wissenschaft verbessert werden, insbesondere in Hinblick auf arbeitnehmerorientierte Fragestellungen. Wichtig ist dabei, dass sowohl das Wissen von ForscherInnen der Hochschulen des Landes Bremen, als auch praktische Erfahrungen aus der Arbeitswelt Berücksichtigung finden. Die Kooperationsstelle soll in diesem Zusammenhang darauf hinwirken, dass VertreterInnen der Gewerkschaften, wie auch betrieblichen InteressenvertreterInnen die Möglichkeit geboten wird, sich im Wissenschaftsbetrieb direkt zu relevanten Themen zu äußern.

Dies kann beispielsweise durch die Vermittlung von GewerkschafterInnen oder BetriebsrätInnen in reguläre Lehrveranstaltungen, in Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschulen oder durch das Angebot von Ringvorlesungen zu gewerkschaftlich relevanten Themen geschehen.

Im April 2013 soll die Kooperationsstelle im Rahmen einer Ringvorlesung „Dimensionen gesellschaftlicher Verantwortung in Wissenschaft und Beruf" der Öffentlichkeit vorgestellt werden. In einer Auftaktveranstaltung sollen bekannte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Gewerkschaft zum Thema sprechen.

❖

Broschüre des DGB

VON LUTZ BOCK

Wahlen 2013
Wir haben die Wahl!

2013 haben die Wähler in unserer DGB Region gleich zweimal die Möglichkeit für eine sozial gerechtere und faire Politik zu stimmen. Am 20. Januar wird der niedersächsische Landtag neu gewählt. Im September der Bundestag in Berlin.
Wir haben uns in den Landtagswahlkampf „eingemischt". Unsere Kreisverbände haben die Kandidaten der Parteien mit unseren Anforderungen an eine nachhaltige Politik für gute Arbeit und gleiche Chancen konfrontiert.

Wir wollen u.a. erreichen, dass es in Niedersachsen endlich ein Tariftreuegesetz gibt, das wirksam Lohn- und Sozialdumping verhindert. Solange es auf Bundesebene kein allgemeingültiges Mindestlohngesetz gibt, brauchen wir in Niedersachsen ein Landesmindestlohngesetz, das eine Lohnuntergrenze von 8,50€/Std. festlegt. Das Bundesland Bremen macht vor, wie so etwas funktioniert.

Nachhaltig ist Arbeit dann, wenn sie den Beschäftigten ein Einkommen garantiert, das heute für ein vernünftiges Auskommen sorgt und für die Versorgung im Alter armutsfest ist. Da kann ein Mindestlohn von 8,50€ erst einer von vielen Schritten sein, die noch folgen müssen.
Vielleicht ist die Einführung eines Gütesiegels „Nachhaltige Arbeit" ein Schutz gegen Geschäftsmodelle, die nur Gewinne abwerfen, weil Beschäftigte mit Niedriglöhnen abgespeist werden und dazu Hartz-IV-Leistungen in Anspruch nehmen müssen, um über die Runden zu kommen.
Wir brauchen Chancengleichheit.

Dazu passen keine Studiengebühren oder die vielen Jugendlichen, die sich ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz in Warteschleifen im Übergang von Schule zum Beruf befinden.

Jede nicht abgegebene Stimme ist eine verschenkte Stimme. Deshalb: Wählen gehen – für mehr soziale Gerechtigkeit!

❖

VON IMA DROLSHAGEN UND
KIM ANNAKATHRIN RONACHER

Mängel bei der Ausbildungsqualität machen Azubis sauer

Wie gut ist die Qualität deiner Ausbildung? Seit sieben Jahren befragt die DGB-Jugend im Rahmen ihrer Berufsschultour die Auszubildenden. Die Ergebnisse werden jährlich im Herbst im repräsentativen DGB-Jugend Ausbildungsreport veröffentlicht.
Zum ersten Mal gibt es in diesem Jahr eine Sonderauswertung für Bremen und Niedersachsen. 815 Auszubildende, von der Anlagenmechanikerin bis zum Verkäufer, haben sich beteiligt und detailliert angegeben, wie zufrieden sie mit ihrer Berufsausbildung in Betrieb und Schule sind.

Die Ergebnisse der Studie im Einzelnen: http://www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de/Bremen.14.0.html

Die gute Nachricht zuerst: fast 68 % finden die fachliche Qualität der Ausbildung im Betrieb gut bis sehr gut. Die Zufriedenheit ist dort am höchsten, wo die Azubis keine Überstunden leisten müssen, es eine betriebliche Interessenvertretung gibt und eine Zusage auf Übernahme nach der Ausbildung.

Das ist jedoch in vielen Fällen nicht der Fall. 43,3 % der Befragten leisten regelmäßig Überstunden – ein Viertel davon zwischen sechs und zehn Stunden in der Woche! Und 20,4 % erhalten weder einen finanziellen noch einen Ausgleich durch Freizeit.
Im schlimmsten Fall kann das den Erfolg der Ausbildung gefährden, wenn z.B. keine Zeit mehr bleibt, um den Berufsschulunterricht vor- und nachzubereiten.

Und das ist dringend nötig, wie die Studie zeigt: Nur 42 % fühlen sich durch den Besuch der Berufsschule sehr gut oder gut auf ihre theoretische Prüfung vorbereitet. Dazu trägt auch bei, dass in vielen Fällen die technische Ausstattung veraltet ist.
Und noch eine Zahl macht stutzig: 43 % der Auszubildenden haben keinen betrieblichen Ausbildungsplan, obwohl dieser gesetzlich vorgeschrieben ist und die Grundlage der Berufsausbildung darstellt!
Die erheblichen Mängel in der Ausbildungsrealität sind keine Einzelfälle. Es entsteht der Eindruck, dass Betriebe und Politik zulasten der jungen Beschäftigten sparen. Wenn es dann gleichzeitig heißt „BewerberInnen sind nicht ausbildungsreif", macht das die Azubis verständlicherweise sauer. Bremer Azubis sind deshalb am 18.10. als Zitronen verkleidet auf die Straße gegangen und machten deutlich: „Wir lassen uns nicht auspressen!"

❖

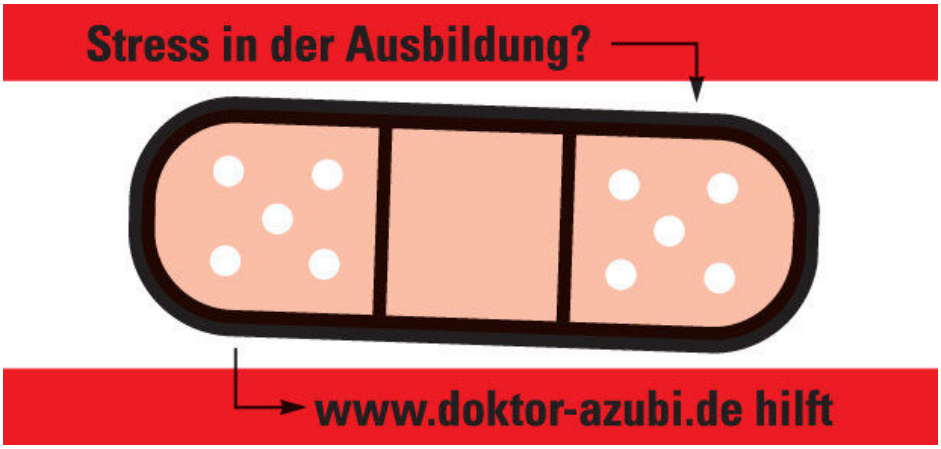
VON IMA DROLSHAGEN UND
KIM ANNAKATHRIN RONACHER

DGB Jugend unterwegs in Berufsschulen

Solidaritätsspiel statt Mathetest, Diskussionen statt Frontalunterricht, und ein Team, das so alt ist wie man selbst – da ist wohl die Berufsschultour der DGB-Jugend am Werk! In 90minütigen Modulen oder eintägigen Projekttagen erarbeiten wir mit den Auszubildenden, wie der Reichtum in der BRD verteilt ist und wie sich das ändern lässt, wie ein Tarifvertrag entsteht, welche Rechte ihnen zustehen und was man tun kann, wenn diese nicht eingehalten werden.

Diese Inhalte sind nicht nur „überlebensnotwendig" im Berufsleben, sondern auch Teil des Lehrplans – dennoch erleben wir immer wieder, dass Azubis erstaunt sind, wenn sie sehen, welche Vorteile ein Tarifvertrag gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen bieten kann.
Der Schwerpunkt unserer Berufsschultour im Oktober lag auf dem Bereich Einzelhandel – eine Branche, in der betriebliche Mitbestimmung keine Selbstverständlichkeit ist und teils sogar massiv unterbunden wird, wie das Beispiel des Discounters Netto zeigt (www.neulich-bei-netto.de).

Viele der – überwiegend weiblichen Beschäftigten – müssen lange Arbeitszeiten und viele Überstunden leisten. Von Löhnen nach Tarif können viele nur träumen.
So ist es keine Seltenheit, wenn in einer Berufsschulklasse eine Kauffrau im Einzelhandel im 3. Lehrjahr 860 Euro brutto erhält, während ihre Mitschülerin im gleichen Beruf mit 560 Euro brutto nach Hause geht.



Natürlich freuen wir uns, wenn sich Schüler_innen nach dem Kontakt mit uns im Unterricht oder auf dem Schulhof direkt entscheiden, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Aber das wichtigste ist, dass ankommt, dass Arbeitsbedingungen keine Naturgewalten sind, sondern erkämpft oder verschlechtert werden können, und dass jede und jeder einzelne dazu beitragen kann.

Wenn Azubis ihre Arbeitszeiten, ihre Urlaubstage, die Unterschiede in der Ausbildungsvergütung untereinander zum Thema machen und überlegen, wie sie selbst darauf Einfluss nehmen können, ist das schon ein wichtiger Schritt.

❖

VON IMA DROLSHAGEN UND
KIM ANNAKATHRIN RONACHER

Prekär ist das neue Normal/ Je jünger, desto prekärer

„you´re still young, thats your fault" – du bist jung, selber schuld? Diese Zeile aus dem alten Song von Cat Stevens trifft es scheinbar auf den Punkt: die Altersgruppe mit den meisten prekär Beschäftigten sind die jungen Menschen.

Während sich das mit der Jugend naturgemäß auswächst, hat ein prekärer Berufseinstieg psychisch, sozial und materiell negative Konsequenzen für den Rest des (Berufs)lebens. Auch wenn das Ausmaß mit der Situation in Spanien oder Griechenland kaum vergleichbar ist: hier wie dort sind die jungen Menschen die Verlierer_innen der Wirtschaftspolitik.

Jede_r Vierte der zwischen 14 und 34jährigen in der Bundesrepublik arbeitet in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis (Bericht Junge Generation der IG Metall, 2012). Die befristet Beschäftigten haben überdurchschnittlich häufig eine Arbeit angenommen, die unter ihrem Qualifikationsniveau liegt, häufiger auf Basis von Werkverträgen gearbeitet oder waren länger als 6 Monate arbeitslos als diejenigen mit unbefristeter Anstellung.

Die Unsicherheit der beruflichen Zukunft, die Unmöglichkeit, längerfristige Pläne zu machen und der Druck, sich ständig um- oder neuzuorientieren, wird von den jungen Beschäftigten als hohe psychische Belastung erlebt. Insgesamt arbeiten rund 32 % der jungen Beschäftigten in einem prekären Arbeitsverhältnis – also befristet, in Leih/Zeitarbeit oder in einem staatlich geförderten Beschäftigungsverhältnis.

Dieser Wert hat sich, im Gegensatz zu den gesunkenen prekären Arbeitsverhältnissen der über 34jährigen, in den letzten Jahren kaum verändert. Der konjunkturelle Aufschwung geht an den jungen Menschen also vorbei. Auch der Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung hat sich nicht wesentlich entspannt – demographischer Wandel hin oder her.

Was muss passieren, damit sichere, unbefristete und gut bezahlte Arbeitsplätze zur Normalität werden?

Leiharbeit muss abgebaut werden, die Rente mit 67 zurückgenommen und endlich eine Ausbildungsgarantie umgesetzt werden. Für all das und mehr müssen die jungen Beschäftigten ihre Interessen selbst formulieren und mit Druck einfordern. Gelegenheiten dazu gibt es genug: die anstehenden Tarifverhandlungen, das Bundestagswahljahr 2013, aber auch die neuen Bündnisse gegen sozialen Kahlschlag in Europa.

❖

VON HENNER GÜNTHER

Das Übergangssystem

Das sogenannte Übergangssystem in Deutschland bezeichnet Bildungsgänge, die Schüler und Schülerinnen aufsuchen, die nach der allgemein bildenden Schule nicht sofort in eine duale Ausbildung gehen. Wird es von den Einen als Berufsvorbereitung angesehen, wo die Jugendlichen auf die Ausbildung vorbereitet werden, ist es für Andere lediglich eine Parkmaßnahme und Warteschleife. Zum Übergangssystem gehören alle Maßnahmeangebote, die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen. Das sind Berufsfachschulen, Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), sowie Maßnahmen der Agentur für Arbeit.

In dem Zeitraum von 1992 bis 2006 hat die Einmündung in das Übergangssystem von 339.330 auf 695.023, also um 104,8% zugenommen. In den letzten Jahren nahmen rund ein Drittel (32%) der SchulabgängerInnen an einer Maßnahme teil. Auch wenn Jugendliche ohne Hauptschulabschluss diesen im Übergangssystem nachholen können, gibt es sonst keinen anerkannten und weiterqualifizierenden Ausbildungsabschluss.

Knapp ein Drittel (31%) bekamen auch nach 2 Jahren noch keinen Ausbildungsplatz, was deutlich macht, dass die Maßnahmen nicht für alle den Einstieg in die Arbeitswelt bedeuten und weiterhin zu wenig duale Ausbildungsplätze für die Jugendlichen vorhanden sind.

In Niedersachsen haben 2011 rund 35.000 Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchten, keinen bekommen. Dazu kommen diejenigen, die bereits resigniert haben und schon gar keinen Ausbildungsplatz mehr gesucht haben. 47.578 junge Menschen landeten daher im Übergangssystem. Damit liegt Niedersachsen im Bundesvergleich hinter Schleswig Holstein an zweiter Stelle.

Die Agentur für Arbeit meldete für das Jahr 2010 in Niedersachsen 42,6% der Jugendlichen, die im Übergangssystem verbleiben. Das sind mehr als diejenigen, die einen Ausbildungsplatz bekommen haben. Lediglich 42,5% bekommen eine duale Ausbildung und 14,9% wandern in das Schulberufssystem ab.

In Bremen sind 32,2% der Jugendlichen im Übergangssystem, und immerhin 56,9% haben eine duale Ausbildung, 10,9% sind im Schulberufssystem.

VON ANNETTE DÜRING

Cuxhavener Bündnis für Familie

Seit ca. 6 Jahren gibt es das Bündnis für Familie in Cuxhaven. Gemeinsam mit der Vertreterin der Stadt Cuxhaven und der Kreishandwerkerschaft, den Vertretern der IHK und der Agentur für Arbeit und natürlich auch dem DGB ist es ein kleines Bündnis. Das war und ist auch erklärtes Ziel, denn wir wollen handlungsfähig sein und kein Debattierclub.
Worum geht's?
Es geht um eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu haben wir in den Jahren verschiedene Aktivitäten durchgeführt: Diskussionsrunden, ein Willkommens-Gutscheinheft für NeubürgerInnen entwickelt und herausgegeben, eine öffentliche Aktion im Ahoi-Bad und immer wieder Pressearbeit.
In diesem Jahr hat das Bündnis ein Papier entwickelt: 10 Schritte auf dem Weg zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Cuxhaven. Ziel ist es, eine öffentliche Diskussion in Gang zu setzen, denn wir wissen ziemlich genau, was demografisch auf die Menschen in Cuxhaven zu kommt. Aus der Präambel:

„Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der unter 20-jährigen in Cuxhaven um 20% sinken und die Zahl der Schulabgänger sogar um etwas mehr als 20%. Gleichzeitig sinkt die Zahl der 30-40 jährigen BürgerInnen um 20%, während die Zahl der 50-65 jährigen um 20% steigt."

Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen und attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze in und um Cuxhaven. Umfragen zu Arbeit und Beruf unter SchülerInnen und jungen Erwachsenen belegen eindeutig, dass die Vereinbarkeit von Beruf/Job und Familie genauso wichtig ist, wie attraktive Arbeitstellen und gute Bezahlung. Das zweite große Thema ist die Zunahme von Pflegebedürftigkeit. Immer mehr Erwerbstätige werden ihren Beruf mit der Betreuung eines hilfs- oder pflegebedürftigen Menschen in Einklang bringen müssen.

Auch hier müssen wir bessere Lösungen finden.

Hierfür schlagen wir folgende Schritte vor:
(siehe nächste Seite)

Wer Interesse an diesen Themen hat und sich stärker für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen möchte, findet dazu auch Material und Informationen beim DGB unter:
www.familie.dgb.de

Und nicht vergessen:
Jedes Jahr am 15. Mai ist der Aktionstag für Familie. Mit kleinen Aktionen das Thema Vereinbarkeit Beruf und Familie thematisieren. Anregungen dazu auch auf
www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

❖

HIERFÜR SCHLAGEN WIR FOLGENDE SCHRITTE VOR:

1.

Kinderbetreuungsangebot flexibler und berufsorientierter gestalten

bedeutet

- Öffnungszeiten noch stärker an die Bedürfnisse der Eltern anpassen
- Nutzungszeiten flexibilisieren, auch stundenweise Frequenz zulassen
- Pädagogische Inhalte um mehr Berufsbilder ergänzen

2.

Familienfreundliche Arbeitsplätze fördern

bedeutet

- für familienfreundliche Maßnahmen werben
- Jahrespreise für familienfreundliche Unternehmen ausloben

3.

Förderung des Arbeitsmarktes und der Fachkräftesicherung

bedeutet

- Fachkräftegewinnung durch gezielte familienpolitische Aktionen
- KMU-Einbeziehung optimieren
- Demografische Instrumente wie Sprachkurse oder Gesundheitsseminare anbieten

4.

Leitbild konsequent umsetzen

bedeutet

- Verträglichkeitsprüfung bei Beschlüssen einführen
- Berücksichtigung und Abarbeitung der Handlungsempfehlungen in Ratsvorlagen
- regelmäßige Evaluierung
- Berufung eines Leitbildbeauftragten

5.

Bürgerbeteiligung erhöhen

bedeutet

- Stabilisierung vorhandener und Einrichtung weiterer Bürgerforen
- Einbeziehung der Foren in politische und/oder administrative Entscheidungsprozesse
- Stärkung der Stadtteilarbeit und der Ortsräte

6.

ÖPNV verbessern

bedeutet

- bürgerfreundliche Einflussnahme auf die Fahrpläne
- Abstimmung mit ÖPNV Unternehmen unter Bürgerbeteiligung optimieren

7.

Familienfreundlichen und bezahlbaren Wohnraum anbieten

bedeutet

- Weiterführen und Stabilisieren von existierenden Projekten, z.B. CuxVita oder Wohnlotsen
- Nutzung von Familienwohnbauförderungen von Bund und Land
- Häusliche Betreuung wohnungspolitisch unterstützen
- Einrichtung von „Alten WGs" fördern

8.

Umgang mit Neubürgern verbessern

bedeutet

- Organisation von Neubürgertreffen unterstützen
- Informationsmedien zielgerichteter für Haushalte, Betriebe etc. gestalten und einsetzen

9.

Förderung des Ehrenamtes

bedeutet

- Stabilisierung und Unterstützung des Ehrenamtslotswesens
- Aufbau einer Ehrenamtsdatenbank

10.

Image der Stadt Cuxhaven nach innen und außen verbessern

bedeutet

- Stadtmarketing verbessern
- Regelmäßige Darstellung des Standortes in regionalen und überregionalen Medien durch zielgerichtete Medienarbeit

❖

DGB Kreisverband Bremerhaven

VON LUTZ BOCK

DGB Kreisverband Bremerhaven fordert altersgerechte Arbeitplätze

Die Altersstruktur in den Betrieben und Verwaltungen wird sich in der Zukunft erheblich verändern. Durch die jetzt in Rentennähe kommenden geburtenstarken Jahrgänge aus den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und eher geburtenschwachen Jahrgängen seit den achtziger Jahren, werden potenzielle MitarbeiterInnen tendenziell älter. Dieser Trend zur „alternden Belegschaft" wird von der Mehrzahl der Unternehmen und Verwaltungen bisher aber kaum oder gar nicht Rechnung getragen.

Aus der Sicht des DGB-Kreisverbandes Bremerhaven müssen sich die Arbeitgeber zukünftig mehr für altersgerechte Arbeitsplätze ins Zeug legen.

Während einer vom DGB-Kreisvorstand initiierten Betriebs- und Personalrätekonferenz zum Thema „Der demographische Wandel in Betrieben und Verwaltungen- Herausforderung für Betriebs- und Personalräte", machte DGB-Kreisvorsitzender Karsten Behrenwald deutlich: „ Ohne altersgerechte Arbeitsplätze ist die Rente mit 67 nichts als ein Rentenkürzungsprogramm. Die Beschäftigten brauchen Arbeitsplätze die es Älteren ermöglicht, gesund bis zur Rente zu arbeiten und zu fairen Bedingungen aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu können."

Die abschließende Podiumsdiskussion gab den ca. 30 teilnehmenden Betriebs- und Personalräten die Möglichkeit, anhand von Beispielen aus der Praxis und den in Zukunft auf die Betriebe und Verwaltungen zukommenden demographischen Veränderungen, eigene Strategien zum Umgang damit zu entwickeln.

❖

DGB Kreisverband Stade und DGB Kreisverband Osterholz

VON LUTZ BOCK

Keine Massen mobilisiert - aber trotzdem für Aufmerksamkeit gesorgt!

Dagobert Duck in Osterholz-Scharmbeck unterwegs

Lebende Litfasssäulen in Stade

Es kommt immer wieder vor: Wir haben das vermeintliche Top-Thema mit Top-Positionen belegt und eine Top-Veranstaltung vorbereitet. Eigentlich müsste der Saal brechend voll sein und die Presse ganzseitig berichten.

Klappt zwar manchmal, aber nicht immer. Was also tun, wenn der ganz große „Veranstaltungs-Wurf" wahrscheinlich nicht gelingen wird? Oder der Infotisch in der Fußgängerzone ignoriert wird? Finger weg vom Thema und öffentlicher Veranstaltung und Information? Oder auf „Teufel komm raus" am gewohnten Veranstaltungsformat und Infotisch festhalten?

Fragen, die sich auch Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisverbänden Stade und Osterholz gestellt haben. In Stade gab es die Idee, eine Aktion zum „Welttag menschenwürdiger Arbeit" zu machen.
So gut , so schlecht! Was konnte im Landkreis darauf aufmerksam machen, dass sich der regionale Arbeitsmarkt immer weiter aufsplittet in Beschäftigte mit relativ „normalen", gut abgesicherten und bezahlten Arbeitplätzen und einer immer größer werdenden Zahl von prekär Beschäftigten in Mini-Jobs, Leiharbeit oder schlecht bezahlter Arbeit.
Eine Veranstaltung im Saal? Ein Beratungstag im Gewerkschaftsbüro für prekär Beschäftigte mit Telefon-Hotline für einen Tag?
Der Saal schied gleich zu Beginn der Überlegungen aus. Eher unwahrscheinlich, mit dem Thema einen Saal zu füllen.
Der Beratungstag wurde zwar als gute Idee eingestuft, letztendlich stellte sich die Realisierung aber als zu arbeitsintensiv für einen ehrenamtlichen Kreisvorstand heraus.

Was tun? Schnell wurde die neue Idee geboren, in Form von lebenden Litfasssäulen in der Stader Innenstadt auf das Problem prekärer Beschäftigung und deren Folgen aufmerksam zu machen.

Koll. Hermann überredete dankenswerter Weise seine Frau, die Litfasssäulen aus Stoff und Hula-Hup-Ringen herzustellen. Udo Oellrich nahm die Organisation in die Hand. Und am Freitag, den 5. Oktober 2012 traf sich die Organisationsgruppe im Stader DGB-Büro, um letzte Vorbereitungen für die Aktion am nächsten Tag zu erledigen.

In der Stader Fußgängerzone kam es zu vielen Diskussionen mit Mitbürgern und das Stader Tageblatt berichtete zum Thema. Allen Beteiligten hat die Aktion großen Spaß gemacht.

❖

Den bundesweiten Aktionstag „umFAIRteilen“ wollte der DGB-Kreisverband Osterholz mit einer eigenen Aktion, im Bündnis mit anderen Verbänden und Institutionen im Landkreis Osterholz unterstützen. Eine Veranstaltung im Saal, eine öffentliche Veranstaltung in Osterholz-Scharmbeck? Können und wollen die Bündnispartner ihre Mitglieder dazu mobilisieren? Nein, war sich das Bündnis schnell einig. Es muss anders gehen!

Ein Synonym für Reichtum ohne soziale Verantwortung war ebenfalls schnell gefunden: Dagobert Duck. Ging es bei dem anstehenden Aktionstag doch u. a. darum, eine gerechtere Steuerlast für sehr große Vermögen einzufordern. Also wurde beschlossen, Dagobert Duck und die Panzerknacker in Osterholz-Scharmbeck als Schauspiel zum Thema in die Fußgängerzone zu bringen.

Die Panzerknacker forderten von Dagobert Duck eine „umFAIRteilung“ seines Vermögens. Die Aktion fand am 14. September 2012 in Osterholz-Scharmbeck statt und wurde von einigen Osterholzern sogar mit Beifall auf offener Straße begleitet.

Das sind zwei Beispiele aus der Arbeit der DGB-Kreisverbände in unserer Region, die anderen Mut machen sollen, auch sichere Pfade mal zu verlassen und Neues zu versuchen.

❖

DGB Kreisverband Rotenburg

VON WILFRIED WARNCKE
UND
REINHARD DIETRICH

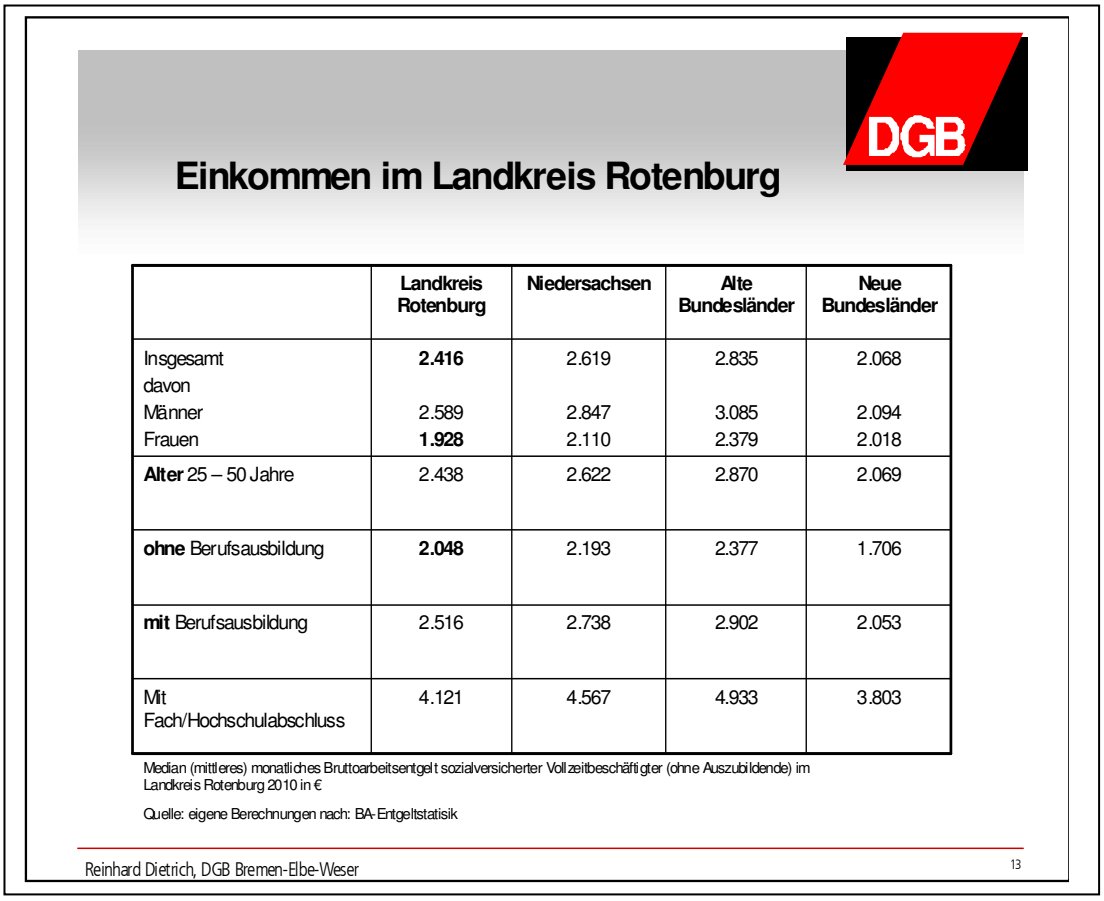
Niedriglohnsektor nimmt kontinuierlich zu

In den letzten zehn Jahren hat zwar die Beschäftigung im Landkreis Rotenburg zugenommen, aber im gleichen Zeitraum ist die Zahl die Vollzeitbeschäftigten zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Teilzeitbeschäftigung um über 40 Prozent gestiegen. Explosionsartig hat die geringfügige Beschäftigung (Minijobs) im Landkreis zugenommen. Sie ist in den letzten zehn Jahren um 77.1 Prozent gestiegen und wird überwiegend von Frauen ausgeübt (rund 64 %).

Diese Art der Beschäftigung konzentriert sich mit rund 75 Prozent im Wesentlichen auf die Dienstleistungsbereiche. Führend ist dabei das Gastgewerbe mit fast 14 Prozent, dem folgt der Einzelhandel mit über 12 Prozent und das Gesundheits- und Sozialwesen mit über 9 Prozent.

Von den über 17 Tausend MinijobberInnen sind rund 67 Prozent ausschließlich in einem Minijob beschäftigt und davon sind wiederum rund 67 Prozent Frauen. Das heißt: zukünftige Altersarmut wird überwiegend weiblich sein.

Schauen wir uns in diesem Kontext die durchschnittlichen Löhne und Gehälter im Landkreis Rotenburg an, wird das noch mal deutlicher. Liegt das monatliche Durchschnittseinkommen aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen rund 100 - 200 Euro unter dem westdeutschen Durchschnitt, fällt das Durchschnittseinkommen im Landkreis Rotenburg noch mal um den gleichen Betrag geringer aus, als in Niedersachsen (siehe dazu die Graphik).



	Landkreis Rotenburg	Niedersachsen	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Insgesamt	**2.416**	2.619	2.835	2.068
davon				
Männer	2.589	2.847	3.085	2.094
Frauen	**1.928**	2.110	2.379	2.018
Alter 25 – 50 Jahre	2.438	2.622	2.870	2.069
ohne Berufsausbildung	**2.048**	2.193	2.377	1.706
mit Berufsausbildung	2.516	2.738	2.902	2.053
Mit Fach/Hochschulabschluss	4.121	4.567	4.933	3.803

Median (mittleres) monatliches Bruttoarbeitsentgelt sozialversicherter Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) im Landkreis Rotenburg 2010 in €

Quelle: eigene Berechnungen nach: BA-Entgeltstatisik

Nimmt man die von der Bundesregierung geplante Senkung des Rentenbeitrags und die Senkung des Rentenniveaus auf 43 % zur Grundlage, müssen Beschäftigte mit einem Einkommen von 2.500 € im Monat 35 Jahre in die Rentenkasse einzahlen, um mehr als Grundsicherung im Alter zu bekommen. Bei einem Monatseinkommen von 2.200 € droht bei Renteneintritt immer noch Sozialhilfebedürftigkeit, selbst wenn man 40 Jahre gearbeitet und Rentenbeiträge gezahlt hat.

2010 verdiente aber mehr als die Hälfte aller vollzeitbeschäftigten Frauen im Landkreis Rotenburg weniger als 2.200 € brutto; dies gilt ebenso für gut 50 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten ohne Berufsabschluss. Insbesondere Frauen sowie Arbeiter ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind somit zukünftig von Altersarmut bedroht.

Deshalb fordern wir:

- ausreichende und gute Arbeitsplätze, von denen Jede und Jeder vernünftig leben kann und die vor Altersarmut schützen
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit
- einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, solange es diesen nicht gibt, brauchen wir einen Landesmindestlohn für Niedersachsen
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen Tariflöhne gezahlt werden und wir brauchen ein wirksames Tariftreuegesetz
- für Langzeitarbeitslose einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit guten Arbeitsbedingungen
- für Minijobs, Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro
- weg mit der Rente mit 67, keine Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent

❖

Termine – Termine - Termine

Neujahrsempfang DGB/ver.di

am Sonntag, 13. Januar 2013
10.30 – 14.30 Uhr
Hechthausen Landhotel „Oste-krone“

Hauptredner:
Michael Sommer

DGB Bundesvorstandsvor-sitzender

JAV-Empfang der DGB Jugend

am 31. Januar 2013
von 12.00 – 16.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus Bremen

Anmeldungen bei
ima.drolshagen@dgb.de

Binnenstrukturkonferenz des DGB Bezirks

vom 05. – 07. April 2013

(Termin ist geplant, Ort wird später bekannt gegeben)

Landtagswahl in Nieder-sachsen

am Sonntag, 20. Januar 2013

Wählen gehen!

Ein neues Jahr! Tritt froh herein,
mit aller Welt in Frieden;
vergiss, wie viel der Plag und Pein
das alte Jahr beschieden!
Du lebst. Sei dankbar, froh und klug
und wenn drei bösen Tagen
ein guter folgt, sei stark genug,
sie alle vier zu tragen.
****

Wir wünschen euch ein gutes neues Jahr 2013!!

Die Kolleginnen und Kollegen
der DGB Region Bremen-Elbe-Weser

Impressum

DGB Region Bremen-Elbe-Weser
Bahnhofsplatz 22 – 28
28195 Bremen
Telefon 0421-335760
Telefax 0421-3357660

Redaktion:
Lutz Bock
lutz.bock@dgb.de

Gestaltung:
Silke Tietje
silke.tietje@dgb.de

www.dgb-bremen-elbe-weser.de